

Vossische Zeitung



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, GmbH, Friedrichs-Platz 10, Berlin, W. 90. Druck: Carl Neubach, Berlin, W. 90. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Paragraf-Zentrale Ullstein's, Amt Dönhofs (A 7) 200-205 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 200-205. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postchek-Konto Berlin 690.

Hoersch interвениert bei Berthelot

Der Landauer Zwischenfall

Redaktionsblatt der „Vossischen Zeitung“

Paris, 28. Juli

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hoersch, hatte heute Mittag in Anwesenheit des französischen Außenministers Briand eine Unterredung mit dem Generalstaatssekretär des französischen Außenministeriums, Berthelot, über den Zwischenfall zwischen dem französischen Konsul in Landau und dem deutschen Konsul in Landau. Die Unterredung führte zu dem ersten Ergebnis, daß auf beiden Seiten der Hoersch und der französische Botschafter, die Angelegenheit im Geiste gegenseitigen Einverständnisses aus der Welt zu schaffen. Man darf demnach hoffen, daß die letzte Hürde und die durch das Ausmaß der Ereignisse geschaffenen Komplikationen eine prompte Beilegung erziehen werden.

Paris, 28. Juli

Die Einmündigkeit, mit der bei dem letzten deutschen Zwischenfall das französische Außenministerium abgelehnt hat und besonders die Feststellung, daß es hauptsächlich Gieseemann amüßlich sein werde, zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes nach Paris zu kommen, wenn die beiden nicht der Zwischenfall betreffend beiseite ist, haben in Paris ihren Widerstand nicht erlassen. Die Politik Berthelot's bei der Festlegung darauf, daß es ihnen in dem Augenblick schwerere Beziehungen zwischen dem Außenminister für die letzten Schritte und dem französischen Oberminister Kiseew bei der Unterzeichnung zu kommen.

Auch die belagerte Gesandtschaft, mit der der „Matin“ den Zwischenfall behandelte, indem er erklärt, gerade jetzt müßte Gieseemann nach Paris kommen, weil er in persönlicher Rücksprache mit Berthelot in Paris die ganze Angelegenheit leicht regeln könnte, geht, daß man in Paris die Angelegenheit der Außenministerin erster Instanz, als man es der französischen Öffentlichkeit gegenüber wahr haben will.

Auf die deutsche Feststellung, daß der ganze Zwischenfall einen neuen Beweis für die Notwendigkeit einer baldigen Wiederholung der Befähigung bilde, antwortet das „Compte“ mit dem Hinweis, daß zur Unterzeichnung des Friedenspaktes in Kellogg anwesend sein werde und mit ihm am besten das ganze Außenministerium beiseite werden könne, weil ein solches finanzielle Gegenleistungen für eine baldige Räumung nur mit der Unterstützung Amerikas möglich seien.

Im übrigen ist heute in der Pariser Presse ein neues Aufkommen der Diskussion über die Angelegenheit.

feststellen, über sei zunächst ein außerordentlich wichtiges Elementum abgesehen für Deutschland erwünscht, das ausgeschlossen des nationalen „Gedens“ bei Paris“ ausbleibt. Auch dem Kriegserklärung das Blatt, daß Deutschland Frankreich die Befähigung vorzuziehen, die aber immer rundum abgelehnt werden sei. Heute aber habe das republikanische Deutschland aus freien Stücken die neue französische Orange anerkannt, und es schloß sich nun auch der jetzigen Verurteilung jedes Krieges in Kellogg-Pakt an. Die Politik Gieseemann's bei Deutschland auf die Befähigung mit Frankreich gerichtet, wenn man dabei auch nicht vergessen dürfte, daß dies aus politischen Gründen gefehle. Deutschland muß die Außenministerin erwarten. Die Differenzen zwischen Paris und Berlin seien trotz allem noch sehr groß, wie dies gerade wieder in der Angelegenheit zutage trete.

Der Anschlag von, erklärt die sonst sehr versöhnungsfreudige „Volks“, sei zwar moralisch berechtigt. Es könne nicht gelehrt werden, daß man das Selbstbestimmungsrecht der Völker

verleitet habe, als man diesen im Friedensvertrag vertrat. Politisch aber sei der Anschlag eine schwere Gefahr, denn er füge das europäische Gleichgewicht, stelle die gleiche Situation wie 1914 wieder her, die doch zum Krieg geführt habe, und verändere die Wirkung der Vereinigten Staaten von Europa. Er sei deshalb unbedingt als gefährlich abzulehnen.

Die radikale „Der Nouvelle“ erklärt, Deutschland zeige einen alten großen Appetit. Es geht nicht an, daß die Friedensbedingung den hungrieren deutschen Gorgonius jeden Tag ein immer neues, immer größeres Gift vorlege: heute die Außenministerin morgen den Anschlag, übermorgen den Deutschen Korridor und Oberösterreich, und schließlich würde Deutschland's Appetit kein Ende machen, so daß es schließlich den Frieden selbst verfluchen werde.

Der „Quotidien“ gar erfüllt in einem solchen Ton, wie er sonst nur bei den nationalenistischen Gelehrten üblich ist. Der Reichsstaatspräsident Pöze habe nicht das moralische Recht, erklärt das Blatt, den Anschlag zu verlangen. Die Anschlagpropaganda sei nichts anderes als niedrige Demagogie und hinterhältige Drohung, um die Revision der Verträge durchzuführen. Der Anschlag sei die schlimmste Gefahr für den Frieden. Er habe sich schuldig, in der letztgenannten Weise mit dem Gesetz zu spielen.

Kroatifches Gegenparlament in Ugram?

Die Antwort an Belgrad

Redaktionsblatt der „Vossischen Zeitung“

Ungarn, 28. Juli

Wie das Ungarische „Közlöny“ erklärt, hat die Partei der unabhängigen Demokraten, die mit der Radikalfraktion zusammen die Abgeordnetenversammlung in Belgrad liquidiert. Die Abgeordneten der Partei werden nach Ungarn zurückgeführt. Auch die Radikalfraktion dürfte diese Lage nach Ungarn kommen, um sich über die weitere Tätigkeit der kroatischen Parteien gegenüber der neuen Regierung zu verständigen.

Wie das Blatt weiter meldet, soll am gleichen Tage, für den die Sitzung der Schwabizka in Belgrad anberufen ist, eine Sitzung der Abgeordneten der kroatischen-demokratischen Kräfte stattfinden, und zwar im Schutze des ersten kroatischen Landtages.

Das Blatt berichtet weiter, daß die Regierung beschlossen habe, schon für den kommenden Montag oder Dienstag die Staatsfinanzen

an einer Sitzung zusammenzusetzen. Diese Session wird aber nur einen oder zwei Tage dauern und hauptsächlich die Auslieferung des Ministeriums in der Schwabizka, Radikales, und eventuell auch der anderen Abgeordneten, deren Anlieferung von den Serben gefordert wird, beschäftigen. Darauf wird sich das Parlament auf einen Monat beziehen.

Ueber den Gesundheitszustand Stephan Raditch's, dessen Verhaftung in Ugram und der kroatischen Provinz Befähigung Beförderung hervorruft, wurde gestern Abend ein Bulletin ausgegeben: Temperatur 37,6, Puls 120, subjektives Wohlbefinden besser. Am allgemeinen war der Zustand des Patienten gestern Abend gut, dennoch werden auch weiterhin die Gefahr noch fern kangelassen.

Am 27. Juli ist der Termin für die Verlängerung oder Abänderung des Freundschaftsvertrages zwischen Serbien und Italien abgelaufen. Wie die Blätter melden, ist zwischen der jugoslawischen und italienischen Regierung über diesen Vertrag ein stillschweigendes Einverständnis erzielt worden, demzufolge man über die Frist der Abänderung stillschweigend hinwegsehen oder unter Umständen Schwärzungen in Uffschwärzen. Man wird die Frage nicht nach den Bestimmungen des Vertrages behandeln, sondern sich vielmehr auf den Standpunkt stellen, als ob stillschweigend die Verlängerung beschlossen wäre. Dies würde dann automatisch die Verlängerung des Freundschaftsvertrages bedeuten. In einem günstigen Augenblick soll dann die ganze Angelegenheit neuerdings einer eingehenden Aussprache zwischen Serbien und Italien unterworfen werden.

Kellogg zur Pariser Konferenz

Redaktionsblatt der „Vossischen Zeitung“

Paris, 28. Juli

Staatssekretär Kellogg berichtet den amerikanischen Botschaftern, daß die Pariser Konferenz zu dem politischen Zielungspunkte in Gruppe Ugram nehmen werde, sei richtiges. Er erklärte der Presse gegenüber angedeutet, daß die Außenministerin ein europäisches Problem darstelle und die Frage der Kriegsverluste und der Reparation Themen seien, die außerhalb jeder formalen Diskussion des Friedenspaktes stünden. Jede Unterredung der amerikanischen Botschafter in Paris solle zeigen, wie weit sie den amerikanischen Botschaftern in die Unterredung des Friedenspaktes als Mittel erzielten und den Bestimmungen des Staatsvertrages als den Vorkommen ein Ende bedeuten.

Mandbergas gegen Stölkisten

Redaktionsblatt der „Vossischen Zeitung“

London, 28. Juli

Zu der englischen Armee werden gelegentlich die größten Truppenübungen losgerissen. Einmalig verwendet, um die Truppe in der Verwendung von Giftstoffen zu gewöhnen. Bei einer derartigen Übung wird ein Teil von London häufig

Die Verschiebung im Fernen Osten

England will Zeit gewinnen

Redaktionsblatt der „Vossischen Zeitung“

London, 28. Juli

Der diplomatische Berichterstatter der „Morning Post“ hält fest, daß für England keine Veranlassung bestehe, von dem Spätkrieg zu den Umständen in Uffschwärzen zu wechseln. England werde den Verlauf der parlamentarischen Nationalversammlung abwarten und sich die Wahl der Regierung von dieser Nationalversammlung vornehmen lassen, bevor es sich an Verhandlungen einlasse.

In England ist man neuerdings außerordentlich beunruhigt über die durch Amerika herbeigeführte Verschiebung des internationalen Gleichgewichts. Die energische Außenministerin, die die amerikanische Politik im Fernen Osten zu den unangenehme Alternative, entweder in fernem Osten Östlicher Schöpfung moralisch und politisch wider zu werden oder sich für den Anschlag an die amerikanische oder japanische Politik entscheiden zu müssen. Die japanische Politik der erstenen Schritt lag der gegenwärtigen internationalen Regierung nicht zu, weil sie schon aus internationalen Gründen eine Erweiterung der Schöpfung-Expedition nicht in Uffschwärzen zu wählen. Die amerikanische Politik, daß die Außenministerin und Oberministerin bereit sein werden, nicht nur in politischem, sondern auch in militärischer Hinsicht zu unterstützen. Ein Kabinett, das sich auf liberale und Sozialisten stützen muß, würde aber sofort eine internationalistische Gesamtpolitik in Offizieren zusammen mit Japan abgeben und hinter Amerika einfinden müssen. Aus wahllosen Erwägungen würden die Konferenzen also an sich theoretisch gern vorher mit

den Amerikanern gemeinsame Sache machen, um Anklagen der Opposition gegen die Ginepalpolitik der Regierung den Boden zu entziehen.

Die Schwierigkeit liegt jedoch im Problem Schöpfung. Die Interessen an einer Aufrechterhaltung der englischen Regierung in Schöpfung, der englische Großhandel in China und die englischen Offizianten sind mächtige und wirksame Parteiengenossen. Man würde also in englischen Regierungskreisen nach einer Formel, die Aufrechterhaltung der Beziehung Schöpfung mit einer weitläufigen Ginepalpolitik in Einklang zu bringen vermögen. Das gegenwärtige Kabinett würde es vorziehen, wenn die Räumung Schöpfung erst von der nächsten englischen Regierung vorgenommen wird. Schließlich hat England aber jetzt der amerikanischen Ginepalpolitik an, so wird jetzt ein einseitiger Schritt die Frage der Räumung Schöpfung aufgeworfen werden, wobei die neue Nationalregierung einmünden auf die moralische Unterwerfung der Amerikaner rechnen kann.

Um diesen Schwierigkeiten auszuweichen, spricht die englische Presse fast ausschließlich von einer Räumung, die die Nationalregierung durchmachen muß, bevor man sie als eine „national-schöne und solide Regierung“ im welturopäischen Sinne anerkennen könne. Man weiß dabei in England sehr wohl, daß kein Faktor für die Schwierigkeit und Unvollständigkeit der amerikanischen Regierung in Uffschwärzen ist, als die Unterwerfung durch möglichst viel Großmacht, weil die neue Regierung erst durch eine möglichst allseitige Anerkennung kreditfähig wird. Nur eine kreditfähige Regierung hat in der gegenwärtigen neuorganisierten Lage Chinas Aussicht, sich dem ganzen Lande gegenüber Anerkennung zu verdienen.









